

**Burkhardt Röper (Hrsg.): Wettbewerbsprobleme öffentlich- und
privatrechtlicher Medien.-**

Berlin: Duncker & Humblot 1989 (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 185), 191 S., DM 78,-

Das vierte und fünfte Rundfunkurteil des Bundesverfassungsgerichts, der 1987er Rundfunkstaatsvertrag der Länder, die Öffnung aller Regionen (West-)Deutschlands für private Hörfunk- und Fernsehveranstalter und

die inzwischen eingetretene Konsolidierung einiger potenter neuer Anbieter auf dem Markt - alle diese Ereignisse standen (neben weiteren) noch aus, als im März 1986 die Tagung über "Wettbewerbsprobleme öffentlich- und privatrechtlicher Medien" stattfand, deren Referate und Diskussionen mit mehrjähriger Verspätung inzwischen gedruckt vorliegen.

Abgesehen von BR-Fernsehdirektor Helmut Oeller, versammelt der Band überwiegend die Stimmen von kompromißlosen Befürwortern einer rein marktwirtschaftlichen Medienordnung. Im Vergleich mit der Gegenwart waren die Aussichten der kommerziellen Rundfunkmacher seinerzeit noch erheblich unklarer; dementsprechend harsch ist der hier angeschlagene Tonfall. Es liegt im Erfolgs- und Gewinninteresse der Privaten, daß den öffentlich-rechtlichen Anstalten mindestens die Werbung verboten wird; auf längere Sicht sollen sie möglichst auch der Finanzierung durch allgemeine Gebühren verlustig gehen. Der Tübinger Jurist Wernhard Möschel bringt die Philosophie der Markt-Strategen auf den Punkt: "In Wirklichkeit muß man sehen, daß es - wenn man die Dinge in eine ökonomische Perspektive bringt - nur darum geht, ob jemand in der Lage und bereit ist, für irgend ein Gut Geld zu zahlen. Darin liegt ein zutiefst sittlicher Wert; schließlich geht es um individuelle Freiheitsrechte, die da ausgeübt werden" (S.122).

Die Beiträge von Manfred Niewiarra (Bertelsmann), Horst Aries (Springer) und Stefan Held (Bundeskartellamt) sammeln auf der Basis der Rechtslage von 1986 die Argumente, die von wirtschaftspolitisch interessierter Seite nach wie vor gegen das öffentlich-rechtliche System vorgebracht werden. Da ist einmal die Mischfinanzierung der Anstalten: Unabhängig vom Erfolg der Sendungen sind ihnen die Gebühreneinnahmen sicher, und zusätzlich schöpfen sie einen Teil der für die Privaten lebenswichtigen Werbegelder ab. Zum anderen wird die Expansionspolitik der Öffentlich-Rechtlichen moniert: Mit einer wachsenden Anzahl von Kanälen bedienen die Sender immer mehr spezialisierte Publikumssegmente und legitimieren obendrein einen steigenden Finanzbedarf, während sie gleichzeitig auf den internationalen Programm-Märkten einen Großteil der Qualitätsware einkaufen und sich um Exklusiv-Verträge mit wichtigen Anbietern bemühen. Darüber hinaus werden den privaten Rundfunkveranstaltern in den Landesmediengesetzen unter dem Stichwort der Meinungsvielfalt hemmende organisatorische Rahmenbedingungen auferlegt.

In der Tat illustriert der von Burkhardt Röper herausgegebene Tagungsband einmal mehr, daß die Gesetzgebung zur Einführung des privaten Rundfunks von vornherein halbherzig gewesen ist - eine Folge der politischen Landschaft in der Bundesrepublik. Die 'neuen Medien' haben von

Beginn an mit ökonomischen und rechtlichen Restriktionen zu kämpfen gehabt. Was sich freilich seit 1986 geändert hat, ist der offenbar grenzenlose Optimismus angesichts der Utopie eines sich allein unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten regulierenden Rundfunks. Die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Systems ist nämlich nicht notwendig volkswirtschaftlich neutral oder gar günstig und vielleicht politisch auch nicht ohne weiteres wünschenswert. So entdecken Parteien wie Regierungen zusehends die Öffentlich-Rechtlichen wieder, die als einzige angetreten sind, sogenannte 'meritorische Güter' anzubieten - also Programme, die ein anderes Ziel verfolgen, als Gewinn einzubringen oder gesetzliche Bestimmungen zu bedienen. Die kommerziellen Programme kommen in ihrer Tendenz den Wünschen der Werbetreibenden eher entgegen als denen des Publikums; würden sie allein die Szene beherrschen, könnten Defizite in der 'Grundversorgung' die Folge sein. Zugleich stellen europaweit die freien Film- und Fernsehproduzenten fest, daß sie desto schlechter dastehen, je weiter die Öffentlich-Rechtlichen zurückgedrängt werden, denn die kommerziellen Sender bedienen sich vorzugsweise an preiswerter US-Ware, statt eigene Produktionsaufträge zu erteilen.

Der Schwerpunkt der hier abgedruckten Referate liegt allerdings auf juristischen Detailfragen. Der Band über "Wettbewerbsprobleme" der dualen Medienordnung gibt daher eine Art Momentaufnahme aus der einschlägigen Debatte; trotz einiger aktualisierender Nachbemerkenngen des Herausgebers sind die darin angesprochenen Themen heute nur noch teilweise von Bedeutung.

Eric Karstens (Berlin)